Herr Dr. Peeters erklärt, dass die SPD-Fraktion einige Probleme mit der jetzt vorgelegten Gebührenordnung habe. Im HA habe man den Antrag gestellt, die Gebühren am Krankenhausparkplatz zu streichen. Dafür sei man bereit gewesen, die moderate Erhöhung mitzutragen. Im Protokoll des HA fehle die vorher festgelegte und von der SPD beantragte zeitliche Festlegung für die Streichung. Die „soziale Komponente“, die Gebühren am Krankenhausparkplatz komplett zu streichen, finde sich dort in keiner Weise wieder. Es sei nicht das, was man im HA mitgetragen habe. Daher sei man skeptisch, ob von dem ursprünglichen Plan der SPD überhaupt etwas übrig bleibe. Daher könne man der Vorlage in der jetzigen Form nicht zustimmen.

Der Bürgermeister stellt zur Sache klar, dass die SPD in der Tat im letzten HA einen Antrag auf Parkgebührenbefreiung am Krankenhaus gestellt habe. Dieser Antrag sei auch zur Abstimmung gestellt und abgelehnt worden. Bezüglich der Gesamtsituation am Krankenhaus skizziert er kurz die im HA erfolgte Beratung und Beschlussfassung. Am vom HA beschlossenen Auftrag, eine Gesamtlösung für die Parkplatzsituation am Krankenhaus unter Berücksichtigung der Mitarbeiter und Anwohner zu erarbeiten, arbeite man.

Herr Langer erklärt, dass die Grünen bei ihrer konsequenten Linie bleiben und die Erhöhung von Parkgebühren im Zentralort ablehnen. Niedrige Parkgebühren seien im Wettbewerb, beispielsweise mit dem Fachmarktzentrum in Asbach, sinnvoll und Wirtschaftsförderung im besten Sinne.

Herr Sonntag erklärt, dass man sich mit dem Thema Parkgebührenerhöhung seit den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2011 beschäftige. Die CDU bleibe bei ihrer Einschätzung, dass man nichts gegen eine moderate Parkgebührenerhöhung – wie seinerzeit im Haushalt mit 25.000 Euro vorgesehen – habe. Seiner Meinung nach sei die Verwaltung auch auf dieser Basis aufgefordert worden, einen Gebührentarif vorzulegen. Die nun vorgelegte Anpassung beinhalte nun das drei- bis vierfache der ursprünglichen Höhe. Diesen Weg gehe die CDU nicht mit, da er für die Einzelhändler schädlich sei. Im übrigen fühle man sich auch durch die Unterschriften von 41 Einzelhändlern in dieser Auffassung bestärkt. Daher werde man die Gebührenordnung in der vorgelegten Form ablehnen.

Herr Meeser erklärt, dass er als Vertreter der BfE im letzten HA für eine Anhebung der Gebühren gestimmt habe. Dies sei auch seine persönliche Auffassung, da man auch in der Verantwortung stehe, den Haushalt zu konsolidieren. Nach der Presseberichterstattung habe es viele Rückmeldungen seitens der Bürger gegeben. Die Erhöhung der Parkgebühren seien jedoch in der Höhe nicht gewollt. Es habe sich abgezeichnet, dass eine Haushaltskonsolidierung notwendig sei, nicht aber mit dem Instrument der Parkgebührenerhöhung. Innerhalb der BfE-Fraktion habe man sich daraufhin zusammengesetzt und die Thematik kontrovers diskutiert. Mehrheitlich sei man zu der Entscheidung gelangt, die Erhöhung der Parkgebühren abzulehnen.

Herr Gräf ist über den Verlauf der Diskussion verwundert, nachdem sich im HA doch ein Konsens vor dem Hintergrund der finanziellen Notwendigkeit gefunden habe. Auch erinnert er daran, dass die letzte Gebührenanpassung mehr als 10 Jahre zurückliege. Wolle man die Parkgebührenerhöhung nicht, erwarte er Verantwortung und alternative Vorschläge, wie die Deckungslücken zu schließen seien. Weit über die 25.000 Euro hinaus seien Mittel aus der Konsolidierungsliste nicht eingespart worden. Daher appelliere er an alle Ratsmitglieder, einen Konsens zu finden. Bezugnehmend auf die Wortmeldung der SPD erklärt Herr Gräf, dass der Prüfauftrag an die Verwaltung bezüglich eines Konzeptes für den Krankenhausparkplatz nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der nun zur Abstimmung stehenden Gebührenordnung zu sehen ist. Abschließend bittet er, in den Beschlussvorschlag als Ziffer 5 die Jahresvignette in Verbindung mit Parkscheibe mit aufzunehmen und zwar mit einem Jahresbetrag von 95,00 Euro bei einer maximalen Parkdauer von einer Stunde für alle Parkzonen. Zunächst solle die Vignette für ein Jahr erprobt werden.

Herr Sterzenbach skizziert kurz, wie die Vignettenregelung in den Text der Parkgebührenordnung integrierbar ist.

Nach weiteren kurzen Wortmeldungen erklärt Herr Dr. Peeters, dass sich die SPD der Parkgebührenordnung nähern könne, sofern in der Parkzone 4 (Krankenhausparkplatz) so lange auf Gebühren verzichtet werde, bis ein entsprechendes Konzept erarbeitet wurde.

Herr Sterzenbach erinnert an die Beschlussempfehlungen von ABV und Hauptausschuss, es am Krankenhausparkplatz bei der bisherigen Gebühr zu belassen.

Herr Zielinski erklärt, dass im HA über einen Einzelantrag der SPD abgestimmt wurde. Nun aber solle über die Gebührenordnung insgesamt abgestimmt werden, wobei man sich auch der Jahresvignette nähern könnte, sofern die Parkzone 4 (Krankenhaus) völlig herausgenommen werden soll.

Herr Gräf warnt davor, zunächst die Gebühren am Krankenhausparkplatz zu streichen und sie dann doch später ggf. wieder einzuführen. Man solle überlegen, was dies für eine Wirkung habe. Es sei besser, zunächst das Konzept zu erarbeiten.

Herr Kolf erinnert an die bisherigen Beratungen. Im Grunde seien alle Argumente ausgetauscht um man solle nun abstimmen. Folge man nicht dem Beschlussvorschlag, müsse eben nachgebessert werden und erneut im Fachausschuss beraten werden.

Frau Sauer macht deutlich, dass Patienten oft am Krankenhausparkplatz keinen Parkplatz finden. Auch seien die Zufahrtsstraßen zugeparkt. Die Anlieger seien verärgert.

Herr Bellinghausen stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste.

Herr Gräf spricht dagegen. Die Argumente seien letztendlich noch nicht ausgetauscht. Daher solle die Aussprache nicht beendet und heute ein Entscheidung getroffen werden.

Der Bürgermeister lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss

Nr. XIII/16/225

Der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen (10 CDU, 1 SPD, 2 Grüne, 1 UWG), 24 Nein-Stimmen (16 FDP, 5 SPD, 2 BfE, 1 BM)

Prinzipiell, so Herr Langer, diene die Angelegenheit ja der Haushaltverbesserung. Der Antrag von Herrn Dr. Peeters habe aber auch Folgen. So würden ca. 30.000 – 40.000 Euro durch fehlende Einnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen. Insofern würde der eigentliche Sinn der Erhöhung konterkariert. Im übrigen gebe es seines Wissens auch eine Zweckbindung für die Parkeinnahmen am Krankenhausparkplatz.

Herr Zielinski skizziert noch einmal kurz die SPD-Meinung und nimmt Bezug auf die Wortmeldung von Frau Sauer hinsichtlich der beengten Parkplatzsituation am Krankenhaus. Verstärke sich diese durch eine Entscheidung im SPD-Sinne, sorge das auch für einen gewissen Zugzwang in der Sache und verdeutliche die Erfordernis einer baldigen Gesamtlösung für diesen Parkplatz. Insofern hätte eine solche Entscheidung auch eine psychologische Wirkung.

Herr Lorenz erklärt, dass auch er eigentlich kein großer Freund von Parkgebührenerhöhungen sei. Aber man habe Zukunftsprojekte für Eitorf vor Augen, die es umzusetzen gelte und die finanzierbar sein müssten. Beispielhaft nennt er die Regionale 2010 und das DSL-Projekt. Hierfür sei bis März ein genehmigter Haushalt erforderlich und die Einbringung der Eigenmittel. Er appelliere daher an alle, sich auf einen Möglichkeit zu einigen.

Um das Verfahren abzukürzen, bittet Herr Scholz, über den SPD-Antrag auf Verzicht der Parkgebühren am Krankenhaus, zuerst abzustimmen.

Der Bürgermeister erläutert kurz, in welcher Reihenfolge der die verschiedenen Sachverhalte bzw. Anträge zur Abstimmung (Stichwort: „weitestgehender Antrag“) stellen will:

1. Verwaltungsvorschlag mit FDP-Ergänzung Jahresvignette und Einbindung SPD-Antrag auf Verzicht der Gebühren am Krankenhaus“
2. Verwaltungsvorschlag mit Einbindung der Jahresvignette
3. Beschlussvorschlag der Verwaltung

Herr Meeser erklärt, dass die BfE dem SPD-Antrag auf Parkgebührenverzicht am Krankenhausparkplatz nicht zustimmen werde. Man sei zwar gegen die Erhöhung der Parkgebühren, könne sich aber aus haushaltstechnischen Gründen einen dadurch entstehenden Einnahmeverlust nicht leisten.

Herr Langer stellt einen Geschäftsordnungsantrag, die Beratung in den Fachausschuss zurückzuverweisen.

Vor der Abstimmung bittet Herr Gräf um eine Sitzungsunterbrechung, um sich kurz mit andern Fraktionen kurzzuschließen. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Der Bürgermeister unterbricht daraufhin um 19.03 Uhr die Sitzung und ruft um 19.17 Uhr zur Fortsetzung auf.

Auf Frage des Bürgermeisters erklärt Herr Langer, dass er seinen Geschäftsordnungsantrag zurückzieht.

Der Bürgermeister lässt daraufhin über die verschiedenen Varianten abstimmen.

Beschluss

Nr. XIII/16/226

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung betr. Neufassung der Parkgebührenordnung mit Ergänzung der von der FDP vorgeschlagenen Einführung einer Jahresvignette unter Einbeziehung des SPD-Antrags auf Herausnahme der Zone 4 (Krankenhausparkplatz) aus der Parkgebührenpflicht wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen (6 SPD, 1 UWF), 20 Nein-Stimmen (5 FDP, 10 CDU, 2 BfE, 2 Grüne, 1 BM) 11 Enthaltungen (FDP)

Beschluss

Nr. XIII/16/227

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung betr. Neufassung der Parkgebührenordnung mit Ergänzung der von der FDP vorgeschlagenen Einführung einer Jahresvignette wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Ablehn ung bei Stimmengleichheit bei 18 Ja-Stimmen (16 FDP, 1 UWG, 1 BM), 18 Nein-Stimmen (10 CDU, 4 SPD, 2 BfE, 2 Grüne) und 2 Enthaltungen (SPD).

Schließlich lässt der Bürgermeister noch über den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag ohne die zuvor beantragten Änderungen abstimmen.

Beschluss

Nr. XIII/16/228

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung betr. die Neufassung der Parkgebührenordnung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (BM), 19 Nein-Stimmen (1 FDP, 10 CDU, 4 SPD, 2 BfE, 2 Grüne), 18 Enthaltungen (15 FDP, 2 SPD, 1 UWG)